



**Landeshauptstadt  
Potsdam**

# Umsetzungskonzept

der Leitlinie Familienpolitik und  
Familienpass der Landeshauptstadt  
Potsdam

# **Inhaltsverzeichnis**

## **Vorwort**

- 1. Umsetzungsstand der Handlungsempfehlungen und Projekte der Leitlinie zur Familienpolitik**
  - 1.1 Lokale Bündnisse für Familie**
  - 1.2 Sozialraumorientierung**
  - 1.3 Bürger- bzw. Elternbefragung**
  - 1.4 Vermeidung der negativen Folgen von Einkommensarmut**
  - 1.5 Verringerung der Jugendarbeitslosigkeit**
  - 1.6 Sport**
  - 1.7 Kinderbetreuung**
  - 1.8 Hilfen zur Erziehung**
  - 1.9 Partizipation**
  - 1.10 Gesundheitliche Angebote**
  - 1.11 Kinder- und Jugendarbeit**
  - 1.12 Integration von Migranten**
- 2. Der Potsdamer Familienpass**
- 3. Familienbericht**
- 4. Familienfreundliche Unternehmen**

## Vorwort

Das Bekenntnis der Potsdamer Stadtverordnetenversammlung für eine kinder- und familienfreundliche Stadt hat überregional Beachtung gefunden.

In der Leitlinie „Die Landeshauptstadt Potsdam ist beispielgebende kinder- und familienfreundliche Gemeinde“ werden nicht nur bereits vorhandene positive Bedingungen für Familien benannt, es werden auch Handlungsempfehlungen und Ziele formuliert. Viele Familien haben Potsdam mit seinem vielfältigen Angebot an Kinderbetreuungsplätzen und Kultur- und Freizeitmöglichkeiten bewusst als Wohnort gewählt. Dieser Verantwortung ist sich die Stadt bewusst und mit der Ankündigung „beispielgebend im Land Brandenburg“ sein zu wollen, ging sie eine Selbstverpflichtung zur praktischen Umsetzung ein.

Familienfreundlichkeit soll als eine Leitidee kommunales Planen und Handeln bestimmen. Nicht nur die Bereiche Schule, Jugendhilfe, Kultur sondern möglichst viele Felder des städtischen Gemeinwesens sollen künftig auf Familienfreundlichkeit geprüft werden. Als Methoden werden u.a. die aktive Beteiligung von Kindern und Jugendlichen, die Befragung von Familien und ein regelmäßiger Familienbericht angewendet.

Beispielgebend soll auch der 1. Potsdamer Familienpass sein, der ab 01. Oktober 2007 ausgegeben wird.

Das vorliegende Umsetzungskonzept gibt Informationen zum Umsetzungsstand der Handlungsempfehlungen der Leitlinie und geht bewusst kurz auf die neuen Projekte in diesem Jahr ein.

# 1. Umsetzungsstand der Handlungsempfehlungen und Projekte der Leitlinie zur Familienpolitik

In der Leitlinie „Potsdam ist beispielgebende kinder- und familienfreundliche Gemeinde“ wurden in den Gliederungspunkten 7. und 8. Empfehlungen und Projekte für eine herausgehobene Familienförderung gegeben sowie auf Projekte, die der Umsetzung einer innovativen kommunalen Familienpolitik dienen, verwiesen.

Im Folgenden sollen durch den Status „**umgesetzt**“, „**in Umsetzung**“ bzw. „**in Prüfung / Vorbereitung**“ der Prozess und der Entwicklungsstand familienorientierten Handelns in der Stadtverwaltung in den jeweiligen, den Empfehlungen zuzuordnenden „**Handlungsfeldern**“, sichtbar gemacht werden.

## 1.1 Handlungsfeld „Lokale Bündnisse für Familie“

Gründung des ersten lokalen Bündnisses für Familien in der Landeshauptstadt am 09. September 2006 im Wohngebiet Stern/ Drewitz/ Kirchsteigfeld (Sozialraum 6):

**umgesetzt**

Gründung des zweiten lokalen Bündnisses für Familien in Babelsberg/ Zentrum Ost (Sozialraum 4) im ersten Quartal 2007:

**in Umsetzung**

Gründung weiterer lokaler Bündnisse für Familien in West/ Mitte (Sozialraum 3) und im Wohngebiet Am Schlaatz (Teil des Sozialraumes 6):

**in Vorbereitung**

Familienpolitik soll als Querschnittsaufgabe bis Juli 2007 in der Verwaltung installiert werden, um eine Verstärkung der Koordinierung aller beteiligten Handlungsfelder zu vollziehen:

**in Umsetzung**

Nach Bestätigung des Haushaltes 2007 sollen die lokalen Bündnisse durch die Verwaltung starke organisatorische Unterstützung erhalten. Eine stärkere Vernetzung der Projekte ist erforderlich.

**in Vorbereitung**

## 1.2 Handlungsfeld „Sozialraumorientierung“

In Folge der demographischen Entwicklung der Bevölkerung wird in Potsdam verstärkt damit fortgefahren, sozialraumbezogene Strategien zu entwickeln, um auf die zu erwarteten veränderten Bedarfe reagieren zu können. Zentrale Handlungsfelder liegen insbesondere bei Strategien

- zur Kinder- und Familienfreundlichkeit,
- zum Wohnen und Leben im Alter sowie
- dem Zusammenleben der Generationen.

Die Sozialräume 5 und 6 werden aufgrund ihrer komplexen sozialen Problemlagen bei der Vergabe von öffentlichen Mitteln prioritär behandelt. Das Programm „Soziale Stadt“ wird für das Wohngebiet „Am Schlaatz“ (Sozialraum 6) in Anwendung gebracht. Die Regionalteams des Jugendamtes erarbeiten flächendeckend ab Anfang 2007 mit freien Trägern der Jugendhilfe „passgenaue“ Angebote in den jeweiligen Sozialräumen. Der Fachbereich arbeitet seit 01.01.2007 dezentral mit drei Regionalteams.

**in Umsetzung**

### **1.3 Handlungsfeld „Bürger- bzw. Elternbefragung“**

Um zuverlässige Aussagen aus Sicht der Einwohner zu treffen, führt die Landeshauptstadt Potsdam Bürgerumfragen durch. Gegenstand dieser Umfragen sind auch Aussagen zu den sozialen Verhältnissen, die die Umsetzung der Ziele zur „Familienpolitik“ unterstützen. Befragungen von jungen Eltern sind in Planung (Fragebogen bzw. Interview). Diese sollen mit Hilfe von wissenschaftlichen Einrichtungen (Landesuniversität bzw. Fachhochschule) ausgewertet und der Stadtverordnetenversammlung vorgelegt werden. (siehe 3.)

**in Vorbereitung**

### **1.4 Handlungsfeld „Vermeidung der negativen Folgen von Einkommensarmut“**

Um Menschen die Möglichkeit zu geben, langfristig ein von Transfereinkommen unabhängiges Leben zu führen, werden vorhandene Potenziale aktiviert und eigene Kompetenzen im Sinne der Selbsthilfe verstärkt (Elternverantwortung) gefördert. Der Ausbau der Elternarbeit wird dabei durch Instrumente wie lokale Bündnisse für Familien (Ehrenamt) und neue Angebote (Eltern- Kind- Zentren, Familienhäuser etc.) unter Beteiligung staatlicher und gesellschaftlicher Bereiche forciert.

Durch Kommunalpolitik und Verwaltung wird stärker Einfluss auf Bildung und Kompetenzvermittlung für Familien und deren Kinder genommen. Dazu werden geeignete Kooperations- und Vernetzungsformen (z.B. Arbeitsgruppe „Jugendhilfe-Schule“) sowie entsprechende strukturelle Rahmenbedingungen geschaffen (z.B. Bürgerhäuser als soziale Ressource).

**in Umsetzung**

### **1.5 Handlungsfeld „Verringerung der Jugendarbeitslosigkeit“**

Die PAGA setzt das „Vier-Säulen-Konzept“ zur Vermittlung von Jugendlichen in Ausbildung, Arbeit und Beschäftigung um.

4.480 Potsdamer unter 25 Jahren suchten sich 2006 erfolgreich eine neue Arbeit. 2.102 hat dabei die PAGA vermittelt. Es wurden mehr als 10 Mill. Euro für Integrationsmaßnahmen ausgegeben.

**in Umsetzung**

### **1.6 Handlungsfeld „Sport“**

Eine wertvolle Ressource der Kinder- und Jugendarbeit ist die breite Palette des Vereinssports in der Landeshauptstadt. Die Sportvereine in der Landeshauptstadt Potsdam sollten bemüht sein, ihr Angebot noch stärker als bisher auch auf die jungen Mädchen zu erweitern, um die Mädchenquote in den Vereinen zu erhöhen.

Es werden Nutzung und Ausbau der bestehenden Angebote im Bereich des organisierten Vereinssports mit der Entwicklung von familienspezifischen Angeboten erweitert.

Darüber hinaus wird auf die Wahrnehmung von Möglichkeiten im nichtorganisierten Freizeitsport wie Freizeitsportanlagen, Rad- und Wanderwege oder Bolzplätze hingearbeitet. Gleiches gilt für die Nutzung und den Ausbau bzw. die Entwicklung der Angebote im Bereich Kinder- und Jugendsport sowie des Seniorensports.

**in Umsetzung**

### **1.7 Handlungsfeld „Kinderbetreuung“**

Auf Grund des defizitären baulichen Zustandes vieler Kitas und Jugendeinrichtungen bedarf es dringend eines Konzeptes zum Abbau des Sanierungsstaus.

Mit Beschluss der SVV (DS 05/SVV/0749) wurde der OBM unter anderem beauftragt, ein Konzept zum Abbau des Sanierungsstaus an Schulen und Kindertagesstätten vorzulegen. Zur Umsetzung dieser Aufgabe wurde eine Arbeitsgruppe aus Vertretern verschiedener Geschäftsbereiche gebildet.

Die Arbeitsgruppe führte eine Analyse des gegenwärtigen Gebäudebestandes einschließlich des erforderlichen Sanierungsaufwandes durch und schlug Prioritäten für die Sanierung der einzelnen Gebäude vor. Den vorgeschlagenen Prioritäten liegt die Idee zugrunde, eine ausgewogene Versorgung der einzelnen Sozialräume mit der in ihnen benötigten Infrastruktur zu schaffen bzw. zu erhalten.

Von den derzeit durch KIS verwalteten 193 Liegenschaften werden gegenwärtig 58 Liegenschaften als Kitas bzw. Jugendeinrichtungen genutzt. Der Sanierungsbedarf für diese Liegenschaften beträgt ca. 26 Mio. EUR.

Durch die Arbeitsgruppe wurde ein Abbau des bestehenden Sanierungsstaus mit folgenden Schwerpunkten vorgeschlagen:

- vorrangige Umsetzung rentierlicher Maßnahmen im Baubereich (spürbare Senkung der Betriebskosten)
- gezielter Einsatz von Fördermitteln nach Priorität (Priorität bestimmt den Einsatz von Fördermitteln, nicht umgekehrt)
- Maßnahmen innerhalb eines Sozialraumes sind grundsätzlich in der Reihenfolge ihrer Priorität zu realisieren.
- Zwischen den Sozialräumen sollte unter Beachtung einer ganzheitlichen Entwicklung sowie unter Einbeziehung einer Bürgerbeteiligung ein angemessener Ausgleich hergestellt werden.

Zur Umsetzung der erforderlichen Maßnahmen sollen folgende Realisierungsmöglichkeiten geprüft und umgesetzt werden.

- Finanzierung über Eigenmittel
- Finanzierung über Kommunalkredite im städtischen Haushalt
- Finanzierung über Kommunaldarlehen durch KIS
- Finanzierung im Rahmen von PPP/ÖPP
- Übertragung der Grundstücke an Dritte (Verkauf/Erbbauerecht)

Das vorläufige Ergebnis der Arbeit der AG Investcontrolling/PPP liegt gegenwärtig der SVV zur weiteren Entscheidung vor (DS 06/SVV/0850)

## **1.8 Handlungsfeld „Hilfen zur Erziehung“**

Die Chancen einer sozialraumorientierten Arbeitsweise werden für das Handlungsfeld Hilfen zur Erziehung durch:

- Fach- und Ressourcenverantwortung aus einer Hand
- Modernes Kontraktmanagement zwischen öffentlichem und freien Trägern
- Stärkung der ressourcenorientierten Betrachtung und
- Verzahnung des gesamten Leistungsspektrums

im Rahmen ganzheitlicher Anwendung der im SGB VIII aufgeführten Leistungen genutzt. Die „Hilfen zur Erziehung“ wird es ab 01.01.2007 nicht mehr als gesonderte Struktureinheit sondern als immanentes Leistungs- bzw. Produktangebot in den drei Regionalteams des Jugendamtes geben. Internes und externes Benchmarking wird zur weiteren Qualitätsentwicklung genutzt.

**umgesetzt**

## **1.9 Handlungsfeld „Partizipation“**

Partizipation von Kindern und Jugendlichen bedeutet, die Handlungsspielräume von Kindern und Jugendlichen zu erweitern und sie in ihrem Selbstwert zu bestätigen. Die Unterbreitung lebendiger und zeitgemäßer Partizipationsangebote ist handlungsbegleitende Aufgabe der neuen Regionalteams des Jugendamtes. Das Kinder- und Jugendbüro wurde 2006 installiert und führt ab 2007 kontinuierlich Projekte der Beteiligung in Abstimmung mit den neu gebildeten Regionalteams des Fachbereiches Jugendamt durch. Dabei wird auf erfolgreiche Projekte im Jahr 2006 aufgebaut (Spielplatz Grundschule 2 in Eiche, Spielplatz Am Havelhorn, 1. Potsdamer Familientage, lokale Bündnisgründung Am Stern in den Sozialräumen 2,3,5). Die Personalstelle für das Kinder- u. Jugendbüro wird bis Ende 2008 aus Stiftungsmitteln gefördert, eine Verstärkung des Angebotes wird gegenwärtig geprüft.

**umgesetzt**

## **1.10 Handlungsfeld „Gesundheitliche Angebote“**

Die Versorgungs- und Betreuungsangebote des Bereiches Gesundheitsamt müssen auf die Sozialräume mit den größten Handlungsbedarfen konzentriert werden. Hier gilt es vorrangig zu handeln.

Der Bereich Gesundheit hat diesbezüglich reagiert und eine Personalstelle mit der Koordination des Einsatzes von medizinischem Fachpersonal bei ermittelten Bedarfslagen in den entsprechenden Brennpunkten betraut. Medizinische Beratung und Betreuung soll so ab Mitte 2007 z.B. in Kita's, Eltern Kind-Zentren, Bürger- und Familienhäusern möglich sein. Das schließt auch die zahnärztliche Prävention ein. Die Volkshochschule bietet ein breites Spektrum von Präventionsangeboten an, die Familien wahrnehmen können.

Weiterhin sollen die Daten der Reihenuntersuchungen regelmäßig ausgewertet und mit sozialräumlichen Daten im Rahmen einer integrierten Sozialberichterstattung verknüpft werden.

**in Umsetzung**

## **1.11 Handlungsfeld „Kinder und Jugendarbeit“**

Trotz wachsender Herausforderungen stehen für die präventive Kinder- und Jugendarbeit weniger finanzielle Fördermittel als bisher zur Verfügung, welche nicht vollständig kompensiert werden können. Als Kompensation werden im Rahmen der Regionalisierung der Jugendhilfe sozialraumbezogene arbeitsfeldübergreifende Lösungsmodelle entwickelt. Hierzu gehören beispielsweise alternative (Hort-) Kinderbetreuungsangebote sowie die Absicherung sozialpädagogischer Mehrbedarfe durch fallunspezifische Hilfen zur Erziehung.

**in Umsetzung**

## **1.12 Handlungsfeld „Integration von Migranten“**

Unabhängig von der Unsicherheit des Aufenthalts in Deutschland sollte die Lage der Aussiedler und Asylbewerber verbessert werden. Diese Gruppe soll ähnlich wie ihre deutschen Altersgenossen leben können: ohne Einschränkung der Bewegungsfreiheit, mit Recht auf Berufsausbildung und Studium, mit Recht auf die Entwicklung der Persönlichkeit in Deutschland. Hierzu sind auch bundespolitische Entscheidungen erforderlich, wie z. B.:

- Abschaffung der Residenzpflicht im Asylverfahrensgesetz
- Abschaffung des Studiumsverbots und Berufsausbildungsverbots für Asylbewerber,

für welche sich die Landeshauptstadt Potsdam sowohl auf Bundes- als auch Landesebene einsetzt.

Am 17. November 2006 haben sich die Innenminister von Bund und Ländern über eine Bleiberechtsregelung für langjährig Geduldete verständigt. Die Einzelheiten sind im Erlass des Ministeriums des Innern vom 08.12.2006 geregelt ([www.fazit-brb.de](http://www.fazit-brb.de)).

Weitere Informationen können beim Fachberatungsdienst Zuwanderung, Integration und Toleranz im Land Brandenburg erhalten werden. Die Landeshauptstadt schöpft ihre Möglichkeiten zur Integration aus.

Die Volkshochschule Potsdam bietet auch im Jahr 2007 Integrations- und Orientierungskurse zur Integration von Migrantinnen und Migranten in die Gesellschaft und Kultur Deutschlands an.

**in Umsetzung**

## **2. Der Potsdamer Familienpass**

Der erste Potsdamer Familienpass wird ab dem 01. Oktober 2007 im Bürgerservice der Stadtverwaltung erhältlich sein.

Berechtigt sind alle in Potsdam lebenden Familien im Sinne der Leitlinie zur Familienpolitik, d.h. mindestens ein(e) Erziehungsberechtigte(r) und ein minderjähriges Kind in Haushaltsgemeinschaft.

Der Familienpass ist kostenlos und gegen Vorlage des Personalausweises des/der Erziehungsberechtigten erhältlich. Er ist nicht übertragbar und hat die Gültigkeit von einem Kalenderjahr. Der erste Potsdamer Familienpass gilt vom 01.10.07 bis 31.12.08.

Die Erstellungskosten des Familienpasses tragen die Stadtwerke Potsdam (Zusage ist bereits erteilt) und ein weiterer Sponsor, der in Kürze feststeht.

In einem ersten Schritt werden bereits jetzt vielfältig bestehende familienfreundliche Angebote der öffentlichen und privaten Einrichtungen zusammengefasst und mit dem Familienpass ausgereicht. Potsdamer Unternehmen und Dienstleister werden regelmäßig von der Verwaltung angefragt, ob und in welcher Höhe günstige Angebote und Rabatte für Familien möglich sind. Jahr für Jahr können somit weitere Projekte und Vergünstigungen aufgenommen werden. Die Unternehmen nutzen damit den nicht unbeträchtlichen Marketingaspekt des Familienpasses.

Alle Angebote werden in einem Begleitheft zum Familienpass zusammengefasst und mit dem Familienpass ausgereicht.

Im ersten Jahr wird von einer Stückzahl von 4000 Familienpässen ausgegangen.

## **3. Familienbericht**

In einem Familienbericht, der alle zwei Jahre erscheint, werden die Anregungen der Bürger aufgenommen und im Sinne der Leitlinie zur Familienpolitik zu Handlungsempfehlungen formuliert.

Die kommunale Infrastruktur für und aus der Sicht von Familien wird so regelmäßig hinterfragt und diskutiert. Erfolgreiche Partizipationsprojekte wie das Kinder- und Jugendforum werden als Methoden eingesetzt.

## **4. Familienfreundliche Unternehmen**

Der Oberbürgermeister zeichnet einmal im Jahr das familienfreundlichste Unternehmen der Stadt aus. Familienfreundliche Arbeitszeiten, Kinderbetreuungsangebote der Unternehmen, Sozialsponsoring und andere Gesichtspunkte sollen u.a. als Kriterien dienen.